



VERKÜNDUNGSBLATT der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Nr. 7/2021

Ausgabedatum: 5. Mai 2021

Datum	Inhalt	Seite
05.05.2021	Neubekanntmachung der Wahlordnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena vom 5. Mai 2021	180
05.05.2021	Zweite Änderung der Rahmensezung der Friedrich-Schiller-Universität Jena zur Regelung der Auswirkungen der Corona-Pandemie vom 5. Mai 2021	206
15.04.2021	Dritte Änderung der Studienordnung der Philosophischen Fakultät für den Studiengang Philosophie als Kern- und Ergänzungsfach mit dem Abschluss Bachelor of Arts vom 15. April 2021	210
15.04.2021	Dritte Änderung der Studienordnung der Philosophischen Fakultät für den Studiengang Philosophie mit dem Abschluss Master of Arts vom 15. April 2021	212



Neubekanntmachung der Wahlordnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena vom 5. Mai 2021

Aufgrund des Artikels 2 Absatz 2 der Elften Änderung der Wahlordnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena vom 14. April 2021 (Verkündungsblatt Nr. 6/2021, S. 166) wird nachstehend der Wortlaut der Wahlordnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. März 2008 (Verkündungsblatt der Friedrich-Schiller-Universität Jena 3/2008, S. 26), wie er sich aus

1. der Fünften Änderung vom 19. Februar 2009 (Verkündungsblatt Nr. 6/2009, S. 248),
2. der Sechsten Änderung vom 6. Dezember 2011 (Verkündungsblatt Nr. 1/2012, S. 2),
3. der Siebten Änderung vom 18. Juni 2013 (Verkündungsblatt Nr. 5/2013, S. 105),
4. der Achten Änderung vom 22. Januar 2014 (Verkündungsblatt Nr. 1/2014, S. 22),
5. der Neunten Änderung vom 21. Januar 2015 (Verkündungsblatt Nr. 4/2015, S. 68),
6. der Zehnten Änderung vom 1. März 2019 (Verkündungsblatt Nr. 3/2019, S. 47) und
7. der Elften Änderung vom 14. April 2021 (Verkündungsblatt Nr. 6/2021, S. 166) ergibt,

in der vom 15. April 2021 geltenden Fassung bekannt gemacht.

Jena, 5. Mai 2021

Prof. Dr. Walter Rosenthal
Präsident der Friedrich-Schiller-Universität

INHALTSVERZEICHNIS

I. ALLGEMEINES

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Wahlgrundsätze und Wahlverfahren
- § 3 Wahl des Senats
- § 4 Wahl der Fakultätsräte
- § 5 Wahl des Beirats für Gleichstellungsfragen
- § 6 Gleichstellung
- § 7 Amtsbeginn, Wahltermin
- § 8 Wahlorgane
- § 9 Zusammensetzung und Bildung des Wahlvorstandes und der Wahlausschüsse
- § 10 Aufgaben des Wahlvorstandes und der Wahlausschüsse
- § 11 Aufgaben der Wahlleitung
- § 12 Bildung und Aufgaben des Wahlprüfungsausschusses

II. WAHLRECHT

- § 13 Aktives und passives Wahlrecht
- § 14 Gruppenzugehörigkeit
- § 15 Ruhen des Wahlrechts



III. WAHLVERFAHREN

- § 16 Wahlverfahren und Terminplan
- § 17 Wahlbekanntmachung
- § 18 Wahlverzeichnisse
- § 19 Rechtsmittel gegen die Wahlverzeichnisse
- § 20 Wahlvorschläge
- § 21 Zulassung und Bekanntmachung der Wahlvorschläge
- § 22 Wahlunterlagen

IV. WAHLHANDLUNG

- § 23 Zusendung der Wahlunterlagen
- § 24 Stimmabgabe durch Briefwahl
- § 25 Stimmabgabe an der Urne
- § 25a Stimmabgabe bei der Elektronischen Wahl
- § 25b Beginn und Ende der Elektronischen Wahl
- § 25c Störungen der Elektronischen Wahl
- § 25d Briefwahl bei Elektronischer Wahl
- § 25e Technische Anforderungen
- § 26 Auszählung
- § 27 Wirksamkeit und Gültigkeit der Stimmabgabe

V. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

- § 28 Wahlprüfungsverfahren
- § 29 Ausscheiden, Ruhen des Mandates
- § 30 Wiederholungswahl
- § 31 Ergänzungswahl
- § 32 Fristen
- § 32a Status- und Funktionsbezeichnungen
- § 33 Inkrafttreten



I. ALLGEMEINES

§ 1

Geltungsbereich

- (1) ¹Die Vorschriften dieser Ordnung gelten für die Wahlen zu folgenden Gremien der Friedrich-Schiller-Universität:

1. Senat,
2. Fakultätsräte,
3. Beirat für Gleichstellungsfragen.

²Für sonstige Gremien der Universität gilt diese Wahlordnung in entsprechender Anwendung, sofern für diese keine eigenen Regelungen bestehen.

- (2) ¹Das Universitätsklinikum Jena regelt die Wahl der Mitarbeitervertretung im Verwaltungsrat gemäß § 108 Absatz 3 Ziff. 5 ThürHG in einer eigenen Wahlordnung. ²Die Wahl soll gemeinsam mit den Gremienwahlen der Friedrich-Schiller-Universität stattfinden.

§ 2

Wahlgrundsätze und Wahlverfahren

- (1) ¹Die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppen in den in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten Gremien werden in unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. ²Das Wahlverfahren richtet sich entweder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl oder der Mehrheitswahl. ³Wahlvorschläge können als Einzelwahlvorschläge oder als Listenwahlvorschläge eingereicht werden. ⁴Ist nur ein Mitglied zu wählen, dürfen nur Einzelwahlvorschläge eingereicht werden.

- (2) ¹Nach den Grundsätzen der Verhältniswahl wird gewählt, wenn mindestens zwei Listenvorschläge oder ein Listenvorschlag und ein Einzelvorschlag vorliegen. ²Einzelwahlvorschläge gelten bei Verhältniswahlen als Einpersonenliste. ³Zur Ermittlung der auf eine Liste entfallenden Sitze werden die einer Gruppe zustehenden Sitze im jeweiligen Wahlbereich nach der Reihenfolge der Höchstzahlen zugeteilt, die sich durch Vollrechnung, Halbteilung, Drittelung usw. der Zahl der für die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen ergeben (d'Hondt). ⁴Die nach einem Listenwahlvorschlag zustehenden Sitze erhalten die Bewerberinnen und Bewerber dieses Wahlvorschlags, die die höchste Stimmenzahl erreicht haben, nach der Reihenfolge ihrer Stimmenzahl. ⁵Sind auf einen Wahlvorschlag mehr Sitze entfallen, als Bewerberinnen und Bewerber benannt sind, so werden die freien Sitze unter Fortführung der Berechnung nach Satz 1 auf die übrigen Wahlvorschläge verteilt. ⁶Bewerberinnen und Bewerber eines Listenwahlvorschlags, die danach keinen Sitz mehr erhalten, sind in absteigender Reihenfolge ihrer Stimmen entsprechend der Anzahl der gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, jedoch mindestens zwei, Ersatzvertreterinnen oder Ersatzvertreter und Nachrückerinnen oder Nachrücker; alle übrigen sind Nachrückerinnen und Nachrücker. ⁷Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das von der Vorsitzenden oder von dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes zu ziehende Los über die Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber. ⁸Bewerberinnen und Bewerber, auf die keine Stimme entfallen ist, sind nicht gewählt.



- (3) ¹Nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl wird gewählt, wenn nur Einzelwahlvorschläge vorliegen, nur ein Listenwahlvorschlag vorliegt oder nur ein Mitglied zu wählen ist. ²Bei Mehrheitswahl werden die der Gruppe im Wahlbereich zustehenden Sitze auf die Bewerberinnen und Bewerber nach der Reihenfolge der auf sie entfallenen Stimmen, beginnend mit der höchsten Stimmenzahl, verteilt. ³Liegt nur ein Listenwahlvorschlag vor, werden die Vertreterinnen und Vertreter in gleicher Weise bestimmt. ⁴Absatz 2 Satz 5 bis 8 gelten entsprechend. ⁵Einzelwahlvorschläge sollen mindestens zwei zusätzliche Bewerberinnen und Bewerber aufweisen. ⁶Diese zusätzlichen Bewerberinnen und Bewerber sind die Ersatzvertreterinnen oder Ersatzvertreter bzw. Nachrückerinnen oder Nachrücker für die gewählten Mitglieder und haben gegenüber einer Sitzzuteilung gemäß Absatz 2 Satz 5 Vorrang.
- (4) ¹Jede wahlberechtigte Person hat so viele Stimmen, wie Sitze im jeweiligen Wahlbereich zu vergeben sind. ²Sind weniger Bewerberinnen und Bewerber als Sitze in diesem Wahlbereich vorhanden, so verringert sich die Anzahl der zu vergebenden Stimmen auf die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber. ³Die Wahlberechtigten sind an die Reihenfolge der Kandidierenden auf den Listen nicht gebunden. ⁴Sie können die Stimmen auf verschiedene Wahlvorschläge verteilen. ⁵An jeden Kandidierenden können mehrere Stimmen verteilt werden, insgesamt jedoch nicht mehr als drei und nicht mehr, als die einzelnen Wahlberechtigten zu vergeben haben; sie sind aber nicht verpflichtet, alle Stimmen zu verteilen.

§ 3

Wahl des Senats

- (1) ¹Die dreizehn Vertreterinnen und Vertreter der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und je vier Vertreterinnen und Vertreter der Studierenden, der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung im Senat werden durch Urwahl in Wahlbereichen gewählt. ²Kandidieren in einem Wahlbereich weniger Personen, als Sitze zu besetzen sind oder würden aus sonstigen Gründen durch die Wahlbereichsbildung Sitze im Senat unbesetzt bleiben, so werden diese Sitze in den Gruppen der Studierenden und akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dem anderen Wahlbereich zugeordnet. ³In der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer gemäß Absatz 3 Satz 1 wird ein unbesetzter Sitz einer Profillinie der Kandidatin oder dem Kandidaten einer anderen Profillinie mit der höchsten Stimmenzahl zugeteilt, die oder der aufgrund der Wahl keinen Sitz erhalten hat. ⁴In den übrigen Wahlbereichen in der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer finden unverzüglich Ergänzungswahlen statt.
- (2) Für die Wahl der Vertreter der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer nach Absatz 1 Satz 1 werden zehn Vertreterinnen und Vertreter aus den Fakultäten gewählt, wobei jede Fakultät einen Wahlbereich bildet.



- (3) ¹Darüber hinaus werden drei weitere Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer für die Profillinien der Universität (Light, Life, Liberty) gewählt, wobei jede Profillinie durch eine Hochschullehrerin oder einen Hochschullehrer vertreten sein soll. ²Für die Wahl nach Satz 1 bilden die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der Universität einen gemeinsamen Wahlbereich. ³Wahlvorschläge sind als Einzelwahlvorschläge einzureichen und müssen einer Profillinie zugeordnet werden. ⁴Von den Profillinien eingereichte Wahlvorschläge werden mithilfe eines Kennworts gekennzeichnet. ⁵Für die Kandidatur gilt § 2 Absatz 3 Satz 5 und 6. ⁶Die Wahlberechtigten können bei der Wahl nach Satz 1 eine Stimme vergeben; § 2 Absatz 4 Satz 1 findet insoweit keine Anwendung. ⁷Eine Kandidatur ist nur in einem Wahlbereich nach Absatz 2 oder Absatz 3 möglich. ⁸Gewählt ist für jede Profillinie der Wahlvorschlag mit der höchsten Stimmenzahl.
- (4) ¹Die Mitglieder gemäß § 16 Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 der Grundordnung werden aus dem Kreis der nach Satz 1 gewählten Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer zu Beginn der Amtszeit bestimmt. ²Dabei werden den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten (§ 18 Nr. 1 bis 5 der Grundordnung) und den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten (§ 18 Nr. 6 bis 10 der Grundordnung) je zwei Mandate zugeordnet, die semesterweise wechselnd besetzt werden. ³Innerhalb der beiden Bereiche wird je eines der Mandate semesterweise abwechselnd von den beiden Senatorinnen oder Senatoren wahrgenommen, die die meisten Wahlberechtigten repräsentieren; das zweite Mandat wird semesterweise abwechselnd von den übrigen drei Senatorinnen oder Senatoren in der Reihenfolge der Zahl der repräsentierten Wahlberechtigten wahrgenommen.
- (5) ¹Für die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Studierenden im Senat werden zwei Wahlbereiche gebildet. ²Dabei entfallen auf die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten (§ 18 Nr. 1 bis 5 der Grundordnung) und auf die weiteren Fakultäten (§ 18 Nr. 6 bis 10 der Grundordnung) je zwei Sitze.
- (6) ¹Für die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Senat werden zwei Wahlbereiche gebildet. ²Dabei entfällt auf die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten (§ 18 Nr. 1 bis 5 der Grundordnung) ein Sitz und auf die weiteren Fakultäten (§ 18 Nr. 6 bis 10 der Grundordnung) drei Sitze.
- (7) ¹Für die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung im Senat wird ein Wahlbereich gebildet. ²Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemäß § 21 Absatz 2 Satz 2 ThürHG, die keiner Fakultät angehören, nehmen ihr Wahlrecht im Wahlbereich der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung wahr.

§ 4

Wahl der Fakultätsräte

- (1) ¹Die Mitglieder der Fakultätsräte werden innerhalb der Gruppen gemäß § 21 Absatz 2 ThürHG gewählt. ²Dafür bildet grundsätzlich jede Gruppe einer Fakultät einen gemeinsamen Wahlbereich.



- (2) ¹Auf begründeten Antrag können in einer Fakultät bis zu drei Wahlbereiche je Gruppe gebildet werden, wenn nur dadurch die Repräsentanz des Fächerspektrums oder die Vertretung von Fakultätsmitgliedern außeruniversitärer Einrichtungen gesichert werden kann. ²Die Fakultät macht dafür einen Vorschlag. ³Bei der Einteilung in Wahlbereiche sind die Wahlrechtsgrundsätze zu beachten, insbesondere die Grundsätze der geheimen und gleichen Wahl. ⁴Der Senat entscheidet über den Antrag. ⁵Stimmt der Senat dem Vorschlag nicht mit der Mehrheit seiner Stimmen zu, so bildet die Fakultät weiterhin einen einheitlichen Wahlbereich.
- (3) ¹Die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer im Fakultätsrat gemäß § 25 Absatz 3 Satz 1 und 2 der Grundordnung werden aus dem Kreis der gewählten Mitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer zu Beginn der Amtszeit bestimmt und wechseln semesterweise. ²Die Reihenfolge der Rotation ergibt sich aus der Anzahl der bei der jeweiligen Wahl auf die Person entfallenen Stimmen. ³Fakultäten, die gemäß Absatz 2 die Bildung von Wahlbereichen in der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer beantragen, können durch Beschluss der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer im Fakultätsrat eine von den Sätzen 1 und 2 abweichende Regelung unter Beachtung der Wahlrechtsgrundsätze gemäß § 23 Absatz 1 Satz 1 ThürHG vorschlagen. ⁴Die Entscheidung darüber trifft der Senat zusammen mit der Entscheidung nach Absatz 2 Satz 4.
- (4) ¹Kandidieren in einer in Wahlbereiche aufgeteilten Fakultät weniger Personen, als Sitze zu besetzen sind oder würden aus sonstigen Gründen durch die Wahlbereichsbildung Sitze in den Gruppen der Studierenden, akademischen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung im Fakultätsrat unbesetzt bleiben, so werden diese Sitze in diesen Gruppen einem anderen Wahlbereich zugeordnet, sofern in diesem Bewerber, die aufgrund der Wahl keinen Sitz erhalten haben, noch zur Verfügung stehen. ²Bleibt ein Sitz unbesetzt, wird dieser Sitz dem Wahlbereich zugeordnet, in dem die meisten Stimmen abgegeben wurden. ³Sind weitere Sitze unbesetzt, werden diese den noch verbleibenden Wahlbereichen in der Reihenfolge der Stimmenzahl entsprechend Satz 2 zugeordnet. ⁴In der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer finden unverzüglich Ergänzungswahlen statt.

§ 5

Wahl des Beirates für Gleichstellungsfragen

- (1) ¹Die Mitglieder des Beirates für Gleichstellungsfragen werden innerhalb der in § 30 Absatz 1 der Grundordnung genannten Gruppen mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. ²Die Wahl erfolgt auf Grund von Wahlvorschlägen, die alle Wahlberechtigten für ihre Gruppe unterbreiten können.
- (2) Für die Wahl der Mitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bilden die Fakultäten gemäß § 18 Nr. 1 bis 9 der Grundordnung je einen gemeinsamen Wahlbereich.
- (3) ¹Für die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Studierenden im Beirat für Gleichstellungsfragen werden zwei Wahlbereiche gebildet. ²Dabei entfällt auf die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten (§ 18 Nr.1 bis 5 der Grundordnung) und auf die weiteren Fakultäten (§ 18 Nr. 6 bis 10 der Grundordnung) je ein Sitz. ³Kandidieren für einen der beiden Wahlbereiche keine Personen, bilden die Studierenden einen gemeinsamen Wahlbereich. ⁴Den zweiten Sitz erhält dann der Einzelwahlvorschlag, mit der zweithöchsten Stimmanzahl. ⁵§ 2 Absatz 4 Satz 5 findet in diesem Fall keine Anwendung.



- (4) ¹Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung aus den Fakultäten gemäß § 18 Nr. 1 bis 9 der Grundordnung und den Beschäftigten der Zentralen Universitätsverwaltung wird ein gemeinsamer Wahlbereich gebildet. ²Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemäß § 21 Absatz 2 Satz 2 ThürHG, die keiner Fakultät angehören, nehmen ihr Wahlrecht im Wahlbereich der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung wahr.
- (5) Die Gewinnung der Kandidatinnen wird durch den amtierenden Beirat für Gleichstellungsfragen unterstützt.

§ 6 Gleichstellung

In der Wahlbekanntmachung sind die Mitgliedergruppen deutlich und nachdrücklich aufzufordern, Frauen als Bewerberinnen für Senat und Fakultätsräte aufzustellen, damit sie ihrem Anteil in den Mitgliedergruppen entsprechend in den Organen der Universität vertreten sein können.

§ 7 Amtsbeginn, Wahltermin

- (1) Die Amtszeit der Mitglieder des Senats, der Fakultätsräte und des Beirats für Gleichstellungsfragen beginnt mit dem auf die Wahl folgenden 1. Oktober.
- (2) Für die unmittelbaren Wahlen zu dem Senat, den Fakultätsräten und den Beirat für Gleichstellungsfragen werden die Wahlzeiten im Einvernehmen mit der Wahlleitung vom Senat festgesetzt.
- (3) ¹Der Wahltermin liegt in der Vorlesungszeit. ²Er soll weder in den ersten noch in den letzten beiden Wochen liegen.

§ 8 Wahlorgane

- (1) Wahlorgane sind
1. der Wahlvorstand,
 2. die Kanzlerin oder der Kanzler als Wahlleitung,
 3. der Wahlprüfungsausschuss.
- (2) An der Öffnung der Wahlbriefe und an der Auszählung der Stimmen wirken Wahlausschüsse mit.
- (3) ¹Geschäftsstelle der Wahlorgane ist das Wahlamt. ²Die Besetzung und Aufgabenzuweisung des Wahlamtes regelt die Wahlleitung.
- (4) Ein Mitglied eines Wahlorgans darf nicht an Entscheidungen mitwirken, soweit die Wahl zu einem Gremium betroffen ist, für das es kandidiert; dies gilt nicht für die Mitwirkung in Wahlausschüssen.



§ 9

Zusammensetzung und Bildung des Wahlvorstandes und der Wahlausschüsse

- (1) ¹Der Wahlvorstand hat 5 Mitglieder. ²Die Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer entsendet zwei Mitglieder, die übrigen Gruppen entsenden je ein Mitglied. ³Sie werden in dem der Wahl vorhergehenden Semester von den Mitgliedern der jeweiligen Gruppe im Senat gewählt. ⁴Kommt bis Ende der letzten ordentlichen Sitzung des Senats während der Vorlesungszeit eine Wahl nicht oder nur teilweise zustande, bestellt das Präsidium - nach Möglichkeit auf Vorschlag der Gruppenvertreter im Senat - die fehlenden Mitglieder. ⁵Für jedes Mitglied ist ein stellvertretendes Mitglied zu wählen. ⁶Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, rückt das stellvertretende Mitglied nach. ⁷Scheidet das stellvertretende Mitglied aus, gilt Satz 4 sinngemäß. ⁸Die Amtszeit der Mitglieder des Wahlvorstandes richtet sich nach der Amtszeit des Senats, für studentische Mitglieder beträgt sie ein Jahr.
- (2) ¹Zu der ersten Sitzung des Wahlvorstandes lädt die Wahlleitung ein. ²Sie leitet die Sitzung bis zur Konstituierung des Wahlvorstandes und weist die Mitglieder des Wahlvorstandes insbesondere auch im Hinblick auf § 10 Absatz 1 in ihre Aufgaben ein.
- (3) ¹Die Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder des Wahlvorstandes sowie die Wahlleitung sind zu den Sitzungen rechtzeitig unter Bekanntgabe der Tagesordnung einzuladen. ²Ist ein Mitglied verhindert, an der Sitzung teilzunehmen, hat es unmittelbar das stellvertretende Mitglied über die Verhinderung zu benachrichtigen.
- (4) ¹Der Wahlvorstand wählt in der ersten Sitzung aus der Mitte der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder ein vorsitzendes Mitglied, ein weiteres Mitglied zur Stellvertretung im Vorsitz und bestellt im Einvernehmen mit der Wahlleitung ein Mitglied des Wahlamts zur Schriftführung. ²Erreicht auch in einem zweiten Wahlgang niemand die höchste Stimmenzahl der Mehrheit der Anwesenden, so ist gewählt, wer die höchste Stimmenzahl erreicht. ³Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom jüngsten Mitglied zu ziehende Los.
- (5) ¹Der Wahlvorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder, darunter das vorsitzende Mitglied oder das zur Stellvertretung im Vorsitz gewählte Mitglied anwesend ist. ²Für die Beschlussfähigkeit in der nächsten Sitzung gilt § 25 Absatz 1 Satz 2 ThürHG. ³Er beschließt mit der Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des vorsitzenden Mitgliedes. ⁴Er tagt universitätsöffentlich. ⁵Er macht seine Niederschriften durch Aushang, sowie auf den Internetseiten der Universität öffentlich bekannt. ⁶Die Wahlleitung oder eine von ihr beauftragte Person ist berechtigt, an den Sitzungen beratend teilzunehmen.
- (6) Zur Klärung von Fragen, die die Wahl des Beirates für Gleichstellungsfragen betreffen, wird die Gleichstellungsbeauftragte bzw. eine vom Beirat für Gleichstellungsfragen benannte Vertreterin hinzugezogen.
- (7) Der Wahlvorstand beschließt im Einvernehmen mit der Wahlleitung über die Zahl der Wahlausschüsse.



- (8) ¹Die Wahlausschüsse bestehen aus je einem Mitglied der Gruppen gemäß § 21 Absatz 2 ThürHG. ²Soweit ein Wahlausschuss für mehrere Fakultäten gebildet wird, legt der Wahlvorstand fest, welche Fakultäten durch welche Gruppe im Wahlausschuss vertreten sind. ³Die zuständige Dekanin oder der zuständige Dekan gibt die Benennungen gegenüber der Wahlleitung ab. ⁴Für die Stellvertretung gilt Absatzatz1 Satz 5 bis 7 entsprechend. ⁵Bei großen Fakultäten können stellvertretende Mitglieder des Wahlausschusses zur Auszählung zusätzlich mit herangezogen werden.
- (9) Wird die Wahl als Elektronische Wahl durchgeführt, werden keine Wahlausschüsse bestellt.

§ 10

Aufgaben des Wahlvorstandes und der Wahlausschüsse

- (1) ¹Die Tätigkeit im Wahlvorstand und in den Wahlausschüssen ist ehrenamtlich. ²Die Mitglieder sind zur unparteiischen und gewissenhaften Erfüllung der Aufgaben verpflichtet.
- (2) ¹Die Beschlüsse des Wahlvorstandes sind in einer Niederschrift festzuhalten. ²Sie ist vom vorsitzenden Mitglied und dem zur Schriftführung bestellten Mitglied des Wahlamtes zu unterzeichnen. ³Sie soll allen Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern bis zum Beginn der nächsten Sitzung zugeleitet sein und ist in einer der folgenden Sitzungen zu genehmigen.
- (3) ¹Der Wahlvorstand ist für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Wahl verantwortlich, soweit nicht die Kanzlerin oder der Kanzler nach § 23 ThürHG oder nach dieser Wahlordnung zuständig ist. ²Zu den Aufgaben des Wahlvorstandes gehören insbesondere:
1. Entscheidungen über Widersprüche gegen das Wahlverzeichnis;
 2. die Entscheidung über den Schwerpunkt der Tätigkeit i.S. von § 14;
 3. Prüfung, Zulassung und Bekanntmachung der Wahlvorschläge;
 4. Durchführung der Auszählung unter Mitwirkung der Wahlausschüsse;
 5. Feststellung und Bekanntgabe der Wahlergebnisse und der Sitzverteilung.



§ 11 Aufgaben der Wahlleitung

- (1) ¹Die Wahlleitung ist für die technische Vorbereitung der Wahlen verantwortlich. ²Sie unterstützt den Wahlvorstand bei der Durchführung seiner Aufgaben. ³Zu den Aufgaben der Wahlleitung gehören insbesondere:
1. Festlegung des Wahlverfahrens, Aufstellung des Terminplans mit Zustimmung des Wahlvorstandes und der Wahlbekanntmachung sowie deren Veröffentlichung in der Universität;
 2. Prüfung, Auswahl und Beurteilung der Sicherheit von wahlunterstützender Hard- und Software, insbesondere von Produkten die im Zusammenhang mit elektronischen Wahlen zum Einsatz gelangen;
 3. Führung, Offenlegung und Abschluss der Wahlverzeichnisse sowie Versendung der Wahlbenachrichtigungen;
 4. Entgegennahmen der Wahlvorschläge, der Widersprüche gegen die Wahlverzeichnisse sowie der Widersprüche nach § 12 Absatz 3 Nr. 1 bis 3;
 5. Vorprüfung der Wahlvorschläge;
 6. Herstellung der Wahlunterlagen (Stimmzettel, Stimmzettelumschläge, Wahlbriefumschläge usw.) und ihre Versendung;
 7. Entgegennahme, Verwahrung und Übergabe der Wahlbriefe an den Wahlvorstand;
 8. Bestellung der Gewählten nach Ablauf der Widerspruchsfrist oder Entscheidung des Wahlprüfungsausschusses.
- (2) ¹Die Wahlleitung kann Beschlüsse des Wahlvorstandes beanstanden, soweit diese gegen geltendes Recht verstoßen. ²Über die Beanstandung entscheidet der Wahlprüfungsausschuss. ³Die Befugnisse der Präsidentin oder des Präsidenten nach § 30 Absatz 2 ThürHG bleiben unberührt.

§ 12 Bildung und Aufgaben des Wahlprüfungsausschusses

- (1) ¹Der Wahlprüfungsausschuss besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und fünf weiteren Mitgliedern. ²Das vorsitzende Mitglied muss Juristin oder Jurist sein; es wird vom Senat aus dem Kreis der Mitglieder und Angehörigen der Universität gewählt. ³Für die Wahl der weiteren Mitglieder gelten § 9 Absatz 1 Satz 2 bis Satz 8 entsprechend.
- (2) ¹Der Wahlprüfungsausschuss ist für alle Prüfungsverfahren zuständig, die Wahlen nach dieser Wahlordnung betreffen. ²Er ist spätestens zu Beginn des Semesters zu bilden, in dem die Wahlen für alle Gruppen zum Senat stattfinden. ³Mit der Wahl eines neuen Wahlprüfungsausschusses ist der bisherige aufgelöst.



- (3) Dem Wahlprüfungsausschuss obliegen folgende Aufgaben:
1. Entscheidung der Widersprüche gegen Beschlüsse des Wahlvorstandes wegen Nichtzulassung von Wahlvorschlägen oder Streichung von Kandidierenden;
 2. Entscheidung über Widersprüche Wahlberechtigter, die infolge eines Widerspruchs eines anderen Wahlberechtigten auf Grund eines Beschlusses des Wahlvorstandes aus einem Wahlverzeichnis gestrichen wurden,
 3. Entscheidung über Widersprüche gegen die Zuordnung zu Fakultäten gemäß § 10 Absatz 3 Satz 2 Nr. 2;
 4. Entscheidung auf Grund von Beanstandungen der Wahlleitung;
 5. Entscheidung über Wahlanfechtungen im Rahmen eines Wahlprüfungsverfahrens.
- (4) ¹Der Wahlprüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben dem vorsitzenden Mitglied mehr als die Hälfte der weiteren Mitglieder anwesend ist. ²Für die Beschlussfähigkeit in der nächsten Sitzung gilt § 25 Absatz 1 Satz 2 ThürHG. ³Er beschließt mit der Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder; bei Stimmgleichheit gibt es die Stimme des vorsitzenden Mitgliedes den Ausschlag. ⁴§ 9 Absatz 5 Satz 3 bis 6 gelten entsprechend.
- (5) Der Wahlprüfungsausschuss ist berechtigt, die Vorlage von Wahlunterlagen und anderen für eine von ihm zu treffende Entscheidung bedeutsamen Unterlagen sowie von den am Wahlvorgang beteiligten Personen Auskunft zu verlangen.

II. WAHLRECHT

§ 13

Aktives und passives Wahlrecht

- (1) ¹Wahlberechtigt und wählbar sind die Mitglieder der Universität gemäß § 21 Absatz 1 ThürHG. ²Es gilt das Prinzip der Gruppenvertretung (§§ 21 bis 23 ThürHG). ³Mit Ausnahme in der Gruppe der Studierenden muss ein Mitglied in der jeweiligen Gruppe hauptberuflich und nicht nur vorübergehend tätig sein. ⁴Als nicht nur vorübergehendes Mitglied gilt, wer am 10. Arbeitstag vor der Offenlegung des Wahlverzeichnisses mehr als sechs Monate ununterbrochen hauptberuflich, d.h. mindestens im Umfang der Hälfte der tariflichen oder dienstrechtlich vorgeschriebenen Arbeitszeit, an der FSU Jena tätig war oder auf Grund bereits geschlossener Verträge tätig sein wird. ⁵In diesem Fall geht die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe einer Zugehörigkeit zur Gruppe der Studierenden vor.
- (2) ¹Das aktive Wahlrecht kann nur ausüben, wer in das Wahlverzeichnis eingetragen ist. ²Die Eintragung in das Wahlverzeichnis findet nicht mehr statt, wenn die Einstellung, Anstellung, Ernennung, Immatrikulation oder Rückmeldung oder ein Gruppenwechsel nach dem 10. Arbeitstag vor der Offenlegung des Wahlverzeichnisses oder der Verlust der Mitgliedschaft vor dem ersten Wahltag zweifelsfrei erfolgt. ³Ein Gruppenwechsel ist auf Antrag bis zum letzten Tag der Offenlegung des Wahlverzeichnisses zu berücksichtigen. ⁴Wer nach diesem Zeitpunkt bei der Friedrich-Schiller-Universität ausscheidet, verliert mit der Mitgliedschaft sein Wahlrecht.



§ 14 Gruppenzugehörigkeit

¹Jede und jeder Wahlberechtigte übt sein Wahlrecht in der Fakultät und dem Wahlbereich aus, in dem sie oder er überwiegend tätig ist. ²Besteht die Tätigkeit zu gleichen Teilen und lässt sich dem Dienst- oder Arbeitsvertrag keine Zuordnung entnehmen, kann das Mitglied spätestens bis zum 10. Arbeitstag vor Offenlegung des Wahlverzeichnisses bestimmen, in welcher Fakultät oder welchem Wahlbereich sie oder er sein Wahlrecht ausüben möchte, andernfalls erfolgt die Zuordnung durch das Wahlamt. ³§ 20 Absatz 3 Grundordnung bleibt unberührt. ⁴Sind Studierende Mitglieder mehrerer Fakultäten, können sie bei der Immatrikulation oder Rückmeldung erklären, in welcher Fakultät sie ihr Wahlrecht ausüben wollen. ⁵Wird keine Erklärung abgegeben, üben sie das Wahlrecht in der Fakultät aus, in der der Schwerpunkt des Studiums liegt.

§ 15 Ruhe des Wahlrechts

- (1) ¹Soweit bei Bediensteten die Arbeitspflichten ruhen, ruht auch ihr Wahlrecht. ²Das Wahlrecht von Bediensteten, die für die Wahrnehmung von Aufgaben in einer mit der Universität verbundenen Forschungseinrichtung beurlaubt sind, wird durch ihre Beurlaubung nicht berührt.
- (2) An der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts ist gehindert, wer nicht in das betreffende Wahlverzeichnis eingetragen ist.

III. WAHLVERFAHREN

§ 16 Wahlverfahren und Terminplan

- (1) ¹Die Wahlleitung bestimmt im Einvernehmen mit dem Wahlvorstand, ob die Wahl als Briefwahl mit der Möglichkeit der Urnenwahl oder als internetbasierte Online-Wahl (Elektronische Wahl) mit der Möglichkeit der Stimmabgabe per Brief durchgeführt wird. ²Die Elektronische Wahl ist nur dann zulässig, wenn bei ihrer Durchführung die geltenden Wahlrechtsgrundsätze, insbesondere die Grundsätze der geheimen Wahl und der Öffentlichkeit der Wahl, gewahrt sind.
- (2) ¹Die Wahlleitung stellt im Einvernehmen mit dem Wahlvorstand einen Terminplan über den zeitlichen Ablauf der Wahlvorbereitungen und der Wahlen zum Senat, zu den Fakultätsräten und zum Beirat für Gleichstellungsfragen auf. ²Der Terminplan ist für den Wahlvorstand und Wahlüberprüfungsausschuss verbindlich. ³§ 7 Absatz 2 und 3 bleibt unberührt.
- (3) ¹In dem Terminplan ist vorzusehen, dass zwischen der Veröffentlichung der Wahlbekanntmachung und dem letzten Tag für die Einreichung von Wahlvorschlägen eine Frist von mindestens zwölf Arbeitstagen liegt, dass das Wahlverzeichnis an mindestens vier Arbeitstagen offengelegt wird und dass die Briefwahlunterlagen spätestens drei Wochen vor dem ersten Urnenwahltag abgesandt werden.
- (4) ¹Wird die Wahl als Elektronische Wahl durchgeführt, ist im Terminplan Beginn und Ende der Wahlfrist (erster und letzter Zeitpunkt einer möglichen Stimmabgabe) festzulegen. ²Die Wahlzeit soll mindestens sechs und höchstens 15 Arbeitstage betragen.



§ 17 Wahlbekanntmachung

In der Wahlbekanntmachung sind die wesentlichen Regelungen über die Wahlberechtigung, die Einreichung von Wahlvorschlägen, die wesentlichen Termine sowie das Wahlverfahren aufzunehmen.

§ 18 Wahlverzeichnisse

- (1) Das getrennt nach Gruppen zu führende Verzeichnis der Wahlberechtigten (Wahlverzeichnis) kann für mehrere gleichzeitige Wahlen gemeinsam geführt werden.
- (2) ¹Die Wahlverzeichnisse sind im Wahlamt zur Überprüfung der Eintragungen einzusehen.
²Nach Beendigung der Offenlegungsfrist sind die Wahlverzeichnisse abzuschließen und dem Wahlvorstand zu übergeben.
- (3) ¹Die Berichtigung der Wahlverzeichnisse ist nur in folgenden Fällen zulässig:
 1. durch das Wahlamt während der Offenlegung des Wahlverzeichnisses bei Verlust des Wahlrechts durch Streichung oder bei offensichtlichen Schreib- oder Übertragungsfehlern oder sonstigen kleinen Mängeln, die den Bestand der Eintragung nicht verändern; Betroffene sind von der Streichung im Wählerverzeichnis zu benachrichtigen;
 2. durch das Wahlamt im Einvernehmen mit dem vorsitzenden Mitglied des Wahlvorstandes nach dem Abschluss des Wahlverzeichnisses wegen Verlust des aktiven Wahlrechts durch Streichung, wegen irrtümlich unterbliebener Aufnahme in das Wahlverzeichnis, wegen Korrektur einer Wahlbereichszuordnung Studierender, wenn die Möglichkeit der Einordnung in verschiedene Wahlbereiche gegeben ist, soweit kein Widerspruch erhoben ist, oder bei offensichtlichen Schreib- oder Übertragungsfehlern oder sonstigen kleinen Mängeln, die den Bestand der Eintragung nicht verändern;
 3. durch den Wahlvorstand auf Antrag des Wahlleiters aufgrund nachträglicher Erkenntnisse zur Richtigkeit des Wahlverzeichnisses;
 4. durch den Wahlvorstand aufgrund von Entscheidungen über Widersprüche gegen das Wahlverzeichnis oder aufgrund von Entscheidungen des Wahlprüfungsausschusses gemäß § 12 Absatz 3 Nr. 2 und 3.

²Die Ergänzung eines Wahlverzeichnisses aufgrund von Einsprüchen nicht eingetragener Wahlberechtigter erfolgt in einer besonderen Übersicht im Anhang zum Wahlverzeichnis.

§ 19 Rechtsmittel gegen die Wahlverzeichnisse

- (1) ¹Gegen die Nichteintragung in ein Wahlverzeichnis, gegen die falsche Zuordnung zu einer Gruppe, zu einer Fakultät oder einem Wahlbereich kann von den betroffenen Wahlberechtigten während der für die Offenlegung der Wahlverzeichnisse maßgebenden Frist beim Wahlamt Widerspruch eingelegt werden. ²Über den Widerspruch entscheidet der Wahlvorstand.



- (2) ¹Gegen die Eintragung von Nichtwahlberechtigten in ein Wahlverzeichnis kann jedes Mitglied der Universität während derselben Frist Widerspruch beim Wahlamt einlegen. ²Wer von dem Einspruch betroffen ist, soll dazu gehört werden.
- (3) Der Widerspruch soll auf vom Wahlamt bereitgehaltenen Formblättern erhoben werden.
- (4) ¹Das Wahlamt vermerkt Tag und Uhrzeit des Eingangs auf dem Widerspruch und leitet die Widersprüche zusammen mit den Wahlverzeichnissen nach Ablauf der Offenlegungsfrist dem Wahlvorstand zu. ²Dieser hat innerhalb der im Terminplan vorgesehenen Frist zu entscheiden und unverzüglich den Widersprucherhebenden, anderen unmittelbar Betroffenen und der Wahlleitung seine Entscheidung mitzuteilen. ³Die Wahlleitung kann für die technische Abwicklung der Widerspruchsfälle im Einvernehmen mit dem Wahlvorstand nähere Bestimmungen treffen.
- (5) ¹Bei einem Beschluss des Wahlvorstandes gemäß Absatz 1 oder Absatz 2 steht dem Betroffenen das Recht des Widerspruchs gegen die Entscheidung des Wahlvorstandes binnen drei Arbeitstagen nach öffentlicher Bekanntgabe des Beschlusses des Wahlvorstandes zu. ²Der Widerspruch ist beim Wahlamt einzureichen. ³Die Bescheide des Wahlvorstandes haben eine entsprechende Rechtsbehelfsbelehrung zu enthalten. ⁴Über den Widerspruch entscheidet der Wahlprüfungsausschuss. ⁵Bei einer Entscheidung des Wahlamts nach § 18 Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 gelten die Sätze 1 bis 4 entsprechend.

§ 20 Wahlvorschläge

- (1) ¹Wahlvorschläge können von allen Wahlberechtigten innerhalb Ihrer Gruppe und ihres Wahlbereichs aufgestellt werden. ²Das Einreichen von Wahlvorschlägen ist nur unter Verwendung von Formblättern, die durch das Wahlamt veröffentlicht werden, zulässig.
- (2) ¹Der Wahlvorschlag muss die Namen und Vornamen der Kandidierenden, das Geburtsdatum und bei Wahlen zu den zentralen Organen die Fakultät oder die Einrichtung enthalten, in der die Kandidierenden tätig sind oder studieren. ²Bei Studierenden soll die Matrikelnummer angegeben werden.
- (3) ¹Jeder Wahlvorschlag kann beliebig viele Kandidierende enthalten. ²Dem Wahlvorschlag sind die eigenhändigen Einverständniserklärungen der in ihm genannten Kandidierenden zur Kandidatur auf diesem Wahlvorschlag beizufügen. ³Die eigenhändige Einverständniserklärung kann auch durch andere geeignete technische Mittel ersetzt werden, die die Identität und das Einverständnis der Kandidierenden zur Kandidatur zweifelsfrei erkennen lassen. ⁴Die Einverständniserklärung zur Kandidatur kann bis zur Zulassung des Wahlvorschlages durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Wahlvorstand zurückgezogen werden.
- (4) ¹Auf jedem Wahlvorschlag soll eine Vertrauensperson benannt sein. ²Erfolgt keine Benennung, gilt als Vertrauensperson, wer an erster Stelle des Wahlvorschlages kandidiert. ³Die Vertrauensperson ist zur Abgabe und zum Empfang von Erklärungen gegenüber dem Wahlvorstand, der Wahlleitung und dem Wahlprüfungsausschuss bevollmächtigt.



- (5) ¹Jeder Wahlvorschlag kann ein Kennwort im Umfang von bis zu vierzig Buchstaben oder Ziffern enthalten. ²Ein Kennwort ist unzulässig, wenn in ihm auf öffentlich-rechtliche (Teil-)Einrichtungen oder ihre Untergliederung (insbesondere durch die Verwendung der Begriffe „Studierendenschaft“, „Fachschaft“, „Institut“) oder deren Organe (insbesondere „Studierendenrat“, „Fachschaftsrat“, „Institutsrat“) Bezug genommen wird oder das Kennwort beleidigend wirkt.
- (6) ¹Die Wahlvorschläge sind innerhalb der im Terminplan vorgesehenen Frist beim Wahlamt einzureichen. ²Auf dem Wahlvorschlag sind Tag und Uhrzeit des Eingangs zu vermerken. ³Bis zum Ablauf der in Satz 1 genannten Frist kann die Vertrauensperson des Wahlvorschlags zurücknehmen, ändern oder ergänzen. ⁴Danach können Wahlvorschläge nicht mehr geändert oder ergänzt werden. ⁵Die Rücknahme ist nach der Zulassung durch den Wahlvorstand nicht mehr zulässig.
- (7) ¹Gehen in einem nach § 4 Absatz 2 Satz 1 gebildeten Wahlbereich bis zum Fristablauf keine Wahlvorschläge ein, kann das Wahlamt im Einvernehmen mit dem vorsitzenden Mitglied des Wahlvorstandes eine Nachfrist von zwei Werktagen ansetzen. ²Gehen dennoch keine Wahlvorschläge ein und gibt es für die Wählergruppe in dem Gremium noch andere Wahlbereiche, so wird der Wahlbereich noch vor der Wahl dem Wahlbereich zugeordnet, in dem die meisten Kandidierenden zur Wahl stehen. ³Die Bestimmungen des § 4 Absatz 4 bleiben davon unberührt.

§ 21

Zulassung und Bekanntmachung der Wahlvorschläge

- (1) ¹Innerhalb der im Terminplan festgelegten Frist entscheidet der Wahlvorstand über die Zulassung der vorliegenden Wahlvorschläge. ²Die Wahlleitung bereitet die Entscheidungen des Wahlvorstandes vor, indem sie die Wahlvorschläge darauf überprüft, ob Mängel nach Absatz 2 vorliegen. ³In die Überprüfung von Wahlvorschlägen, bei denen die Wahlleitung Mängel nicht festgestellt hat, tritt der Wahlvorstand nur auf Antrag von mindestens zwei seiner Mitglieder ein.
- (2) ¹Vom Wahlvorstand nicht zuzulassen sind Wahlvorschläge, die
1. verspätet eingehen,
 2. keine wählbaren Kandidierenden aufweisen,
 3. keine Einverständniserklärung der Kandidierenden enthalten.
- (3) ¹Nicht wählbar ist, wer innerhalb desselben Wahlganges mit seinem Einverständnis mehrmals kandidiert. ²Solche Kandidaturen sind vor Zulassung des Wahlvorschlages vom Wahlvorstand zu streichen.
- (4) Sind Streichungen gemäß Absatz 2 erfolgt, ist der Wahlvorschlag im Übrigen zuzulassen, wenn die erforderlichen Voraussetzungen auch nach den erfolgten Streichungen noch vorliegen.
- (5) Sonstige Mängel auf Wahlvorschlägen (z. B. fehlendes Geburtsdatum) sind durch Rücksprache mit der Vertrauensperson zu beheben.



- (6) ¹Wird ein unzulässiges Kennwort nicht in entsprechender Anwendung des Absatz 4 geändert, so erhält der Wahlvorschlag den Namen der ersten kandidierenden Person. ²Entsprechend wird verfahren, wenn ein Kennwort geeignet ist, Verwechslungen mit einem früher eingereichten Wahlvorschlag hervorzurufen.
- (7) ¹Über die Nichtzulassung eines Wahlvorschlages ist der Vertrauensperson und über die Streichung von Kandidierenden der Vertrauensperson wie auch den Kandidierenden unverzüglich ein Bescheid mit Rechtsmittelbelehrung zu erteilen. ²Gegen diesen Bescheid des Wahlvorstandes kann von den Adressaten der Bescheide binnen drei Arbeitstagen nach der öffentlichen Bekanntgabe des Beschlusses des Wahlvorstandes Widerspruch beim Wahlamt eingelegt werden. ³Über den Widerspruch entscheidet der Wahlprüfungsausschuss.
- (8) ¹Werden für eine Gruppe mehrere Listen und/oder Einzelwahlvorschläge eingereicht, bestimmt sich die Reihenfolge der Listen und/oder Einzelwahlvorschläge auf dem Stimmzettel nach deren zeitlichem Eingang im Wahlamt. ²Innerhalb der Listen bleibt die Reihenfolge des Vorschlages erhalten.
- (9) ¹Nach Ablauf der festgesetzten Entscheidungsfrist des Wahlprüfungsausschusses macht der Wahlvorstand die zugelassenen Wahlvorschläge unverzüglich öffentlich bekannt. ²Sie dienen als verbindliche Grundlage für die Erstellung der Stimmzettel.

§ 22 Wahlunterlagen

- (1) ¹Für jeden Wahlgang sind besondere Stimmzettel herzustellen. ²Auf den Stimmzetteln ist anzugeben, für welche Wahl, welche Gruppe und welchen Wahlbereich sie gelten. ³Auf den Stimmzetteln sind die Wahlvorschläge in der Reihenfolge ihres Eingangs beim Wahlamt unter Angabe des vollen Namens, des Titels, des Geburtsjahres und der Fakultät, der Einrichtung oder der Betriebseinheit, in der sie tätig sind oder studieren, aufzuführen. ⁴Bei Studierenden kann die Fachschaft angegeben werden. ⁵Weitere Zusätze sind nicht zulässig. ⁶Ferner ist die Zahl der Stimmen anzugeben.
- (2) ¹Die Wahlleitung erstellt Formblätter insbesondere für die Einreichung von Wahlvorschlägen, Einlegung von Widersprüchen und die Wahlniederschriften. ²Diese Formblätter sind, soweit nichts anderes bestimmt ist, für die Abgabe von Erklärungen und die Vornahme von Handlungen verbindlich.



IV. WAHLHANDLUNG

§ 23

Zusendung von Wahlunterlagen

- (1) ¹Das Wahlamt versendet die Wahlunterlagen an die von den Wahlberechtigten angegebenen inländischen Adressen. ²Sofern keine inländische Adresse hinterlegt wurde, gilt Satz 5 entsprechend. ³Beschäftigten werden die Unterlagen an die Dienstadresse überstellt. ⁴In den Wahlunterlagen ist auf die Wahltermine und die Orte, an denen die Wahlbriefkästen aufgehängt sind, ausdrücklich hinzuweisen. ⁵Wer im Wahlverzeichnis eingetragen ist, dessen Wahlunterlagen jedoch unzustellbar waren, erhält bei Vorlage eines amtlichen Ausweises mit Lichtbild vom 6. Arbeitstag vor dem ersten Urnenwahltag beim Wahlamt die Wahlunterlagen persönlich. ⁶Amtliche Ausweise im Sinne des Satzes 2 sind Personalausweis, Reisepass und Führerschein. ⁷Eine erneute Zusendung von Wahlunterlagen an diesen Personenkreis erfolgt grundsätzlich nicht.
- (2) Wahlberechtigten werden als Wahlunterlagen übersandt:
1. die für ihre Gruppe und ihren Wahlbereich maßgebenden Stimmzettel,
 2. ein Stimmzettelumschlag,
 3. der Wahlschein,
 4. der Wahlbriefumschlag.
- (3) ¹Wahlberechtigte, die durch schriftlichen Antrag glaubhaft versichern, keine bzw. falsche oder unvollständige Wahlunterlagen erhalten zu haben, erhalten gegen Vorlage eines amtlichen Ausweises mit Lichtbild bis 12:00 Uhr am letzten Tag vor dem ersten Urnenwahltag Ersatzwahlunterlagen beim Wahlamt. ²Mit der Ausstellung verlieren die ursprünglich ausgestellten Wahlunterlagen ihre Gültigkeit. ³Verlorene Ersatzwahlunterlagen werden nicht ersetzt.
- (4) ¹Bei elektronischen Wahlen kann der Versand der Wahlunterlagen auch ausschließlich elektronisch erfolgen. ²Als Wahlunterlagen gelten bei elektronischen Wahlen:
1. Informationen zum Ablauf der Wahlen und zur Nutzung des Wahlportals
 2. Informationen zu den eingesetzten Authentifizierungsmöglichkeiten der Wahlberechtigten
 3. rechtliche und sicherheitsbezogene Hinweise.

§ 24

Stimmabgabe durch Briefwahl

- (1) ¹Wahlberechtigte können ihre Stimme dadurch abgeben, dass sie die erforderlichen Unterlagen ausfüllen und dem Wahlamt zuleiten. ²Der Wahlbrief muss bis 14:00 Uhr am Arbeitstag vor dem ersten Urnenwahltag in einem Wahlbriefkasten oder im Postfach der Universität vorliegen; Wahlbriefe können auch durch Dienstpost übersandt werden; sie müssen bis 14:00 Uhr am letzten Arbeitstag vor dem ersten Urnenwahltag im Wahlamt im Universitätshauptgebäude vorliegen.



- (2) ¹Wahlberechtigte kennzeichnen persönlich und unbeobachtet ihren Stimmzettel, legen diesen in den Stimmzettelumschlag und verschließen den Stimmzettelumschlag durch Einstecken der Umschlaglasche. ²Wahlberechtigte unterzeichnen auf dem Wahlschein ihre Erklärung zur Stimmabgabe und legen diesen mit dem verschlossenen Stimmzettelumschlag in den Wahlbriefumschlag, verschließen diesen durch Zukleben und werfen den Wahlbrief in einen dafür vorgesehenen Wahlbriefkasten oder geben ihn zur Post. ³Nehmen Wahlberechtigte an mehreren Wahlen teil, sind alle Stimmzettel in den einen Stimmzettelumschlag zu legen.
- (3) ¹Die eingehenden Wahlbriefe sind sicher und ungeöffnet durch das Wahlamt aufzubewahren. ²Auf den verspätet eingehenden Wahlbriefen ist vom Wahlamt Tag und Uhrzeit des Eingangs zu vermerken und mit einem Handzeichen zu versehen.

§ 25 **Stimmabgabe an der Urne**

- (1) ¹Wahlberechtigte, die ihre Stimme an der Urne abgeben, können das an zwei Wahltagen an der Wahlurne tun. ²Die Einzelheiten, insbesondere die Öffnungszeiten, werden durch den Wahlvorstand im Einvernehmen mit der Wahlleitung festgesetzt. ³Wahlberechtigte, die die ihnen übersandten Unterlagen nicht bei sich führen und ihr Wahlrecht noch nicht ausgeübt haben, erhalten die erforderlichen Unterlagen zur Wahl an der Urne ausgehändigt.
- (2) ¹Der Wahlvorstand trifft Vorkehrungen, dass die Wahlberechtigten den Stimmzettel im Wahlraum unbeobachtet kennzeichnen und in den Stimmzettelumschlag legen können. ²Vor Öffnung der Wahlhandlung hat der Wahlvorstand die Wahlurnen nach Überprüfung, dass sie keine Stimmzettelumschläge enthalten, zu verschließen und für die Zeit des Wechsels des Wahllokals zu versiegeln.
- (3) ¹So lange der Wahlraum zur Stimmabgabe geöffnet ist, müssen mindestens ein Mitglied oder ein stellvertretendes Mitglied des Wahlvorstandes sowie ein Mitarbeiter des Wahlamts im Wahlraum anwesend sein. ²Vor Einwurf des Stimmzettelumschlages in die Urne ist festzustellen, ob die Wahlberechtigten in das Wahlverzeichnis eingetragen sind. ³Sind Wahlberechtigte nicht mindestens einem Mitglied des Wahlvorstands bekannt, ist die Wahlberechtigung durch Einsichtnahme in einen amtlichen Ausweis mit Lichtbild zu überprüfen.
- (4) ¹Nach Ende der Öffnungszeiten dürfen nur noch diejenigen Wahlberechtigten ihre Stimme abgeben, die sich zu diesem Zeitpunkt bereits im Wahlraum befinden. ²Über Zweifelsfragen die sich während der Wahlhandlung ergeben, entscheidet der Wahlvorstand. ³Während der Wahlhandlung ist der Wahlraum allen Wahlberechtigten zugänglich, jedoch nicht zum Zwecke der Wahlwerbung.

§ 25a **Stimmabgabe bei der Elektronischen Wahl**

- (1) ¹Die Wahlberechtigten erhalten in Anwendung von § 23 Absatz 4 durch das Wahlamt ihre Wahlunterlagen. ²Das Wahlportal ermöglicht die Stimmabgabe mittels Aufruf eines elektronischen Stimmzettels.



- (2) ¹Die Stimmabgabe erfolgt persönlich und unbeobachtet in elektronischer Form, was durch die Wahlberechtigten elektronisch zu bestätigen ist. ²Die Authentifizierung der oder des Wahlberechtigten erfolgt durch das Einloggen mit den persönlichen Authentifizierungsmerkmalen, in der Regel durch die Authentisierungsdaten für das Datennetz der Universität (URZ-Account), am Wahlportal, über das der oder die Wählende per sicherem Link zur Überprüfung der Wahlberechtigung an das digitale Wählerverzeichnis weitergeleitet wird. ³Wahlberechtigte, die keinen Zugang zum Datennetz der Universität haben, erhalten individuelle Zugangsdaten, insbesondere in Form von PIN/TAN. ⁴Die elektronischen Stimmzettel sind entsprechend den in den Wahlunterlagen und im Wahlportal enthaltenen Anleitungen elektronisch auszufüllen und abzusenden. ⁵Dabei ist durch das verwendete elektronische Wahlsystem sicherzustellen, dass das Stimmrecht nicht mehrfach ausgeübt werden kann. ⁶Die Speicherung der abgesandten Stimmen muss anonymisiert und so erfolgen, dass die Reihenfolge des Stimmeingangs nicht nachvollzogen werden kann. ⁷Die Wahlberechtigten müssen bis zur endgültigen Stimmabgabe die Möglichkeit haben, ihre Eingabe zu korrigieren oder die Wahl abzubrechen. ⁸Ein Absenden der Stimme ist erst auf der Grundlage einer elektronischen Bestätigung durch die Wählerin oder den Wähler zu ermöglichen. ⁹Die Übermittlung muss für die Wählerin oder den Wähler am Bildschirm erkennbar sein. ¹⁰Mit dem Hinweis über die erfolgreiche Stimmabgabe gilt diese als vollzogen.
- (3) ¹Bei der Stimmeingabe darf es durch das verwendete elektronische Wahlsystem zu keiner Speicherung der Stimme des Wählers in dem von ihm hierzu verwendeten Computer kommen. ²Es muss gewährleistet sein, dass unbemerkte Veränderungen der Stimmeingabe durch Dritte ausgeschlossen sind. ³Auf dem Bildschirm muss der Stimmzettel nach Absenden der Stimmeingabe unverzüglich ausgeblendet werden. ⁴Das verwendete elektronische Wahlsystem darf die Möglichkeit für einen Papiausdruck der abgegebenen Stimme nach der endgültigen Stimmabgabe nicht zulassen. ⁵Die Speicherung der Stimmabgabe in der elektronischen Wahlurne muss nach einem nicht nachvollziehbaren Zufallsprinzip erfolgen. ⁶Die Anmeldung am Wahlsystem, die Auswahl und Abgabe der Stimme sowie persönliche Informationen und IP-Adressen der Wahlberechtigten dürfen nicht protokolliert werden.
- (4) Die Stimmabgabe in elektronischer Form ist während der regulären Öffnungszeiten auch im Wahlamt oder an einem anderen vom Wahlamt ausgewiesenen Ort möglich.

§ 25b

Beginn und Ende der Elektronischen Wahl

¹Beginn und Beendigung der Elektronischen Wahl ist nur bei gleichzeitiger Autorisierung durch mindestens zwei berechnete Personen zulässig. ²Berechtigte i.S.v. Satz 1 sind die Mitglieder der Wahlorgane nach § 8 Absatz 1 Nr. 1 und 2. ³Der Wahlvorstand kann zur Wahrnehmung seiner Aufgaben dritte Personen hinzuziehen.

§ 25c

Störungen der Elektronischen Wahl

- (1) ¹Ist die elektronische Stimmabgabe während der Wahlfrist aus von der Friedrich-Schiller-Universität zu vertretenen technischen Gründen den Wahlberechtigten nicht möglich, kann die Wahlleitung im Einvernehmen mit dem Wahlvorstand die Wahlfrist verlängern. ²Die Verlängerung muss allgemein bekannt gegeben werden.



- (2) ¹Werden während der elektronischen Wahl Störungen bekannt, die ohne Gefahr eines vorzeitigen Bekanntwerdens oder Löschens der bereits abgegebenen Stimmen behoben werden können und eine mögliche Stimmenmanipulation ausgeschlossen ist, kann der Wahlvorstand solche Störungen beheben oder beheben lassen und die Wahl fortsetzen; andernfalls ist die Wahl ohne Auszählung der Stimmen zu stoppen. ²Wird die Wahl fortgesetzt, ist die Störung und deren Dauer im Protokoll zur Wahl zu vermerken. ³Im Falle des Abbruchs der Wahl entscheidet die Wahlleitung im Einvernehmen mit dem Wahlvorstand über das weitere Verfahren; § 30 gilt entsprechend.

§ 25d

Briefwahl bei Elektronischer Wahl

- (1) Wird die Wahl als elektronische Wahl durchgeführt, ist die Stimmabgabe auch in der Form der Briefwahl zulässig.
- (2) ¹Die Briefwahlunterlagen sind mittels eines amtlichen Briefwahlantrags schriftlich durch den Wahlberechtigten im Wahlamt zu beantragen. ²Der Antrag muss spätestens 21 Tage vor Beginn der Wahlhandlung im Wahlamt eingehen.
- (3) ¹Das Wahlamt sendet den Wahlberechtigten die Wahlunterlagen gemäß § 23 Absatz 2 unverzüglich zu oder händigt sie aus und vermerkt dies im Wählerverzeichnis. ²Mit dem Versand oder der Aushändigung der Briefwahlunterlagen sind die Wahlberechtigten von der elektronischen Stimmabgabe ausgeschlossen.
- (4) ¹Für die Briefwahl gilt § 24 Absatz 2 in entsprechender Anwendung. ²Die verschlossenen Briefwahlunterlagen müssen dem Wahlamt bis spätestens zum Ende der Elektronischen Wahlhandlung zugehen. ³Die Wahlbriefumschläge mit den Stimmzetteln sind in einer gemeinsamen Wahlurne zu sammeln und gemäß § 26 auszuzählen.

§ 25e

Technische Anforderungen

- (1) ¹Elektronische Wahlen dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn das verwendete elektronische Wahlsystem aktuellen technischen Standards, insbesondere den Sicherheitsanforderungen für Online-Wahlprodukte des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik sowie den Schutzbedarfsfestlegungen des Universitätsrechenzentrums gemäß den IT-Sicherheitsleitlinien der Universität entsprechen. ²Das System muss die in den nachfolgenden Absätzen aufgeführten technischen Spezifikationen besitzen. ³Die Universität kann sich zur Durchführung der elektronischen Wahl und zur Feststellung ausreichender Sicherheitsstandards externer Dienstleister bedienen, die vertraglich zur Einhaltung der Bestimmungen der technischen Anforderungen der Wahlordnung sowie zur Ermöglichung der Kontrolle der Sicherstellung des Datenschutzes durch die Universität zu verpflichten sind. ⁴Die Erfüllung der technischen Anforderungen ist auf Verlangen durch geeignete Unterlagen gegenüber der Universität nachzuweisen.
- (2) ¹Zur Wahrung des Wahlgeheimnisses müssen elektronische Wahlurne und elektronisches Wahlverzeichnis auf verschiedener Serverhardware geführt werden. ²Das endgültige Wahlverzeichnis mit personenbezogenen Daten soll auf einem universitätseigenen Server gespeichert sein.



- (3) ¹Die Wahlserver müssen vor Angriffen aus dem Netz geschützt sein, insbesondere dürfen nur autorisierte Zugriffe zugelassen werden. ²Autorisierte Zugriffe sind insbesondere die Überprüfung der Stimmberechtigung, die Speicherung der Stimmabgabe zugelassener Wählerinnen und Wähler, die Registrierung der Stimmabgabe und die Überprüfung auf mehrfacher Ausübung des Stimmrechtes (Wahldaten). ³Es ist durch geeignete technische Maßnahmen zu gewährleisten, dass im Falle des Ausfalles oder der Störung eines Servers oder eines Serverbereiches keine Stimmen unwiederbringlich verloren gehen können.
- (4) ¹Das Übertragungsverfahren der Wahldaten ist so zu gestalten, dass sie vor Ausspäh- oder Entschlüsselungsversuchen geschützt sind. ²Die Übertragungswege zur Überprüfung der Stimmberechtigung des Wählers sowie zur Registrierung der Stimmabgabe im Wählerverzeichnis und die Stimmabgabe in die elektronische Wahlurne müssen so getrennt sein, dass keine Zuordnung des Inhalts der Wahlentscheidung zur Wählerin oder zum Wähler möglich ist.
- (5) ¹Die Datenübermittlung muss verschlüsselt erfolgen, um eine unbemerkte Veränderungen der Wahldaten zu verhindern. ²Bei der Übertragung und Verarbeitung der Wahldaten ist zu gewährleisten, dass bei der Registrierung der Stimmabgabe im Wählerverzeichnis kein Zugriff auf den Inhalt der Stimmabgabe möglich ist.
- (6) ¹Die Wählerinnen und Wähler sind über geeignete Sicherungsmaßnahmen zu informieren, mit denen der für die Wahlhandlung genutzte Computer gegen Eingriffe Dritter nach dem aktuellen Stand der Technik geschützt wird; auf kostenfreie Bezugsquellen geeigneter Software ist zu hinzuweisen. ²Die Kenntnisnahme der Sicherheitshinweise ist vor der Stimmabgabe durch die Wählerin und den Wähler verbindlich in elektronischer Form zu bestätigen.

§ 26 **Auszählung**

- (1) Zum Öffnen der Wahlbriefe und zur zentralen Auszählung treten der Wahlvorstand, seine stellvertretenden Mitglieder und die ihn unterstützenden Wahlausschüsse zusammen.
- (2) ¹Nach Ablauf der Frist nach § 24 Absatz 1 leitet der Wahlvorstand die Öffnung der Wahlbriefe ein. ²Die nach Fakultäten und Gruppen geordneten Wahlbriefe werden einzeln geöffnet. Den Wahlbriefen ist der Wahlschein und der Stimmzettelumschlag ungeöffnet zu entnehmen. ³Liegt keine unwirksame Stimmabgabe vor, ist die Stimmabgabe im Wahlverzeichnis zu vermerken. ⁴Stellen sich Mängel heraus, die die Stimmabgabe unwirksam machen, sind die Wahlunterlagen in den Wahlbriefumschlag zurückzulegen und gesondert aufzubewahren. ⁵Der Wahlvorstand trifft auf Vorschlag der Wahlleitung nähere Regelungen zum Ablauf dieses Verfahrens, insbesondere hat er die Wahrung des Wahlgeheimnisses zu gewährleisten. ⁶Das Verfahren ist vor Beginn der Urnenwahl abzuschließen. ⁷Die festgestellte Wahlbeteiligung ist dem Wahlamt mitzuteilen und umgehend durch das Wahlamt bekanntzumachen. ⁸Der Wahlvorstand kann, soweit dies zur Wahrung des Wahlgeheimnisses erforderlich erscheint, im Einvernehmen mit der Wahlleitung von einzelnen Vorschriften dieser Wahlordnung abweichen, ist ein Einvernehmen nicht zu erreichen, entscheidet der Wahlprüfungsausschuss.
- (3) Nach Abschluss der Stimmabgabe an der Urne sind die Stimmzettelumschläge zu öffnen und die Stimmzettel auf ihre Gültigkeit zu überprüfen.



- (4) ¹Bei der Verhältniswahl sind die auf jede Vorschlagsliste entfallenen gültigen Stimmen zu ermitteln. ²Bei der Persönlichkeitswahl sind die auf die Kandidierenden jeweils entfallenen gültigen Stimmen festzustellen.
- (5) ¹Alle Zwischenergebnisse und die Endergebnisse der Auszählung, alle wesentlichen Vorkommnisse während der Auszählung, die Zahl der Wahlberechtigten je Gruppe nach dem Wahlverzeichnis, die Wahlbeteiligung in v. H.-Sätzen und die Zahl der auf die einzelnen Kandidierenden entfallenen Stimmen sind in der Niederschrift über die Auszählung aufzunehmen. ²In der Niederschrift sind ferner Beginn und Ende der Auszählung sowie die Namen aller an der Auszählung Beteiligten festzuhalten. ³Die jeweilige Teilniederschrift ist von zwei Mitgliedern des jeweils die Auszählung durchführenden Wahlausschusses zu unterzeichnen und dem vorsitzenden Mitglied des Wahlvorstandes mit allen Wahlunterlagen zu übergeben. ⁴Die Wahlunterlagen erhält die Wahlleitung nach Abschluss der Wahlen. ⁵Alle Wahlunterlagen sind so lange sicher aufzubewahren, bis die jeweilige Wahl rechtswirksam abgeschlossen ist und das jeweils aus der nächsten Wahl hervorgegangene Organ zusammengetreten ist.
- (6) ¹Wird die Wahl als Elektronische Wahl durchgeführt, ist für die Administration der Wahlserver und insbesondere für die Auszählung und Archivierung der Wahl die Autorisierung durch mindestens zwei Berechtigte nach § 8 Absatz 1 Nr. 1 und 2 notwendig. ²Der Wahlvorstand veranlasst unverzüglich nach Beendigung der Elektronischen Wahl die computerbasierte universitätsöffentliche Auszählung der abgegebenen Stimmen und stellt das Stimmergebnis durch einen Ausdruck fest, der von zwei anwesenden Mitgliedern des Wahlvorstandes abgezeichnet wird. ³Alle Datensätze der elektronischen Internetwahl sind in geeigneter Weise zu speichern. ⁴Der Wahlvorstand kann sich bei der Auszählung und der Archivierung eines externen Dienstleisters bedienen. ⁵Absatz 5 Satz 5 gilt entsprechend.
- (7) ¹Die Auszählung ist universitätsöffentlich. ²Die Wahlergebnisse sind vom vorsitzenden Mitglied des Wahlvorstandes zu unterzeichnen und öffentlich bekanntzugeben. ³Bei Elektronischen Wahlen sind technische Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen, die den Auszählungsprozess für jede Wählerin und jeden Wähler jederzeit reproduzierbar machen. ⁴Das vorsitzende Mitglied des Wahlvorstandes übt im Auszählungsraum das Hausrecht aus.

§ 27

Wirksamkeit und Gültigkeit der Stimmabgabe

- (1) Eine Stimmabgabe liegt nicht vor und ist bei der Feststellung der Wahlbeteiligung nicht zu berücksichtigen, wenn
1. der Wahlbrief nach dem in § 24 Absatz 1 bestimmten Zeitpunkt eingeht,
 2. folgende amtlichen Wahlunterlagen nicht benutzt werden: Stimmzettel, Stimmzettelumschlag, Wahlschein,
 3. der Wahlschein nicht unterschrieben ist oder die Unterschrift von einem Unberechtigten abgegeben ist,
 4. weder der Wahlbriefumschlag noch der Stimmzettelumschlag zugeklebt ist.



- (2) Stimmabgaben sind ungültig, wenn
1. der Stimmzettel als nicht amtlich erkennbar ist,
 2. sich der Wille des Wahlberechtigten nicht zweifelsfrei ergibt,
 3. der Stimmzettel Zusätze oder Vorbehalte enthält,
 4. der Stimmzettel nicht gekennzeichnet ist,
 5. mehr Stimmen als zulässig vergeben worden sind.
- (3) Ist bei der betreffenden laufenden Nummer der oder des Wahlberechtigten im Wahlverzeichnis bereits eine Stimmabgabe vermerkt, so ist eine Stimmabgabe nicht mehr möglich.
- (4) ¹In Zweifelsfällen entscheidet der Wahlvorstand, ob eine Stimmabgabe vorliegt und ob die Stimmabgabe gültig ist. ²Die Unterlagen sind gesondert aufzubewahren.
- (5) ¹Bei elektronischen Wahlen wird durch die technischen Voreinstellungen festgelegt, wann ein Stimmzettel ungültig ist. ²Ungültig ist der Stimmzettel, wenn:
1. mehr Stimmen als zulässig vergeben werden
 2. der Stimmzettel nicht gekennzeichnet ist
 3. das Auswahlfeld „ungültig wählen“ markiert wurde.

³Im Übrigen gilt Absatz 2 in entsprechender Anwendung.

V. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 28

Wahlprüfungsverfahren

- (1) ¹Bei Wahlen zum Senat kann jedes wahlberechtigte Mitglied der Universität, bei Wahlen zum Fakultätsrat können die Präsidentin oder der Präsident, die Wahlleitung sowie jedes wahlberechtigte Mitglied der Fakultät, bei Wahlen zum Beirat für Gleichstellungsfragen kann jeder Wahlberechtigte, der im Wahlverzeichnis aufgeführt ist, in seiner Gruppe gemäß § 21 Absatz 2 ThürHG die Einleitung eines Wahlprüfungsverfahrens innerhalb von sieben Tagen schriftlich mit der Begründung beantragen, dass gegen zwingende Rechtsvorschriften verstoßen wurden. ²Die Umstände, aus denen sich die Rechtsverletzung ergibt, sind in der Begründung des Antrags darzulegen. ³Die Wahlprüfung beschränkt sich auf die innerhalb der Wahanfechtungsfrist geltend gemachten Rechtsverstöße.
- (2) ¹Die Einleitung eines Wahlprüfungsverfahrens kann nicht mit der Begründung beantragt werden, dass Wahlberechtigte an der Ausübung ihres Wahlrechts gehindert gewesen seien, weil sie keine Wahlbenachrichtigung erhalten hätten oder gar nicht in das Wahlverzeichnis eingetragen wurde. ²Satz 1 findet keine Anwendung, soweit jemand auf Grund einer unrichtigen Entscheidung des Wahlvorstandes oder des Wahlprüfungsausschusses an der Ausübung seines Wahlrechts gehindert war.



- (3) ¹Kommt der Wahlprüfungsausschuss zu dem Ergebnis, dass die geltend gemachten Verstöße gegen Rechtsvorschriften vorliegen und sie das Wahlergebnis so beeinflusst haben können, dass die Sitzverteilung auf die einzelnen Wahlvorschläge anders erfolgt wäre, ordnet er insoweit eine Wiederholungswahl an. ²Im Übrigen weist er den Antrag zurück. ³Der Beschluss ist zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und der Antragstellerin oder dem Antragsteller, im Falle der Anordnung einer Wiederholungswahl auch den Mitgliedern, die auf Grund der Entscheidung des Wahlprüfungsausschusses ihr Mandat verlieren, bekanntzugeben.
- (4) ¹Gegen eine ablehnende Entscheidung kann die Antragstellerin oder der Antragsteller innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich beim Wahlprüfungsausschuss Widerspruch einlegen. ²Über den Widerspruch entscheidet der Wahlprüfungsausschuss. ³Den Widerspruchsbescheid erlässt die Präsidentin oder der Präsident.

§ 29 **Ausscheiden** **Ruhen des Mandats**

- (1) ¹Verliert ein Mitglied eines Gremiums die Wählbarkeit, indem es aus dem eigenen Wahlbereich, der Fakultät, der Mitgliedergruppe oder der Universität ausscheidet, hat es dies der oder dem Vorsitzenden des Gremiums und der Wahlleitung schriftlich mitzuteilen. ²Satz 1 gilt entsprechend, wenn ein Mitglied beabsichtigt, das Mandat aus wichtigem Grund (§ 22 Absatz 2 Satz 2 ThürHG) aufzugeben. ³Die Präsidentin oder der Präsident stellt das Ausscheiden durch Mitteilung an das vorsitzende Mitglied und das ausscheidende Mitglied fest.
- (2) ¹Die Wahlleitung stellt anhand der Wahlunterlagen fest, wer als Mitglied des Organs entsprechend § 2 Absatz 2 oder 3 nachrückt und teilt das der oder dem Betreffenden mit. ²Das nachrückende Mitglied erlangt mit dem Zugang der Mitteilung das Mandat.
- (3) ¹Das Mandat von Mitgliedern, die für die Dauer von mindestens einem Semester beurlaubt oder abgeordnet sind, ruht für die Dauer der Beurlaubung oder Abordnung. ²Während des Ruhens des Mandats findet Absatz 2 entsprechende Anwendung. ³Das nach Satz 2 nachgerückte Mitglied verliert das Mandat, sobald die Beurlaubung oder Abordnung endet. ⁴Bei einer kürzeren Behinderung, die mindestens jedoch einen Monat beträgt, kann die Wahlleitung auf Antrag des Vorsitzenden Mitglieds des Gremiums, des verhinderten Mitglieds oder der Vertrauensperson des Wahlvorschlages das vorübergehende Ruhen des Mandats aussprechen. ⁵Eine Beurlaubung von Studierenden zum Zwecke der Wahrnehmung von Aufgaben in der Selbstverwaltung hat nicht das Ruhen des Mandats zur Folge. ⁶Eine Beurlaubung für die Vorlesungszeit eines Semesters gilt als Beurlaubung für das gesamte Semester.



§ 30 Wiederholungswahl

- (1) ¹Wird eine Wiederholungswahl angeordnet oder findet eine einzelne Wahl außerhalb der regulären Gremienwahlen statt, ist sie unverzüglich von der Wahlleitung und dem bereits tätig gewordenen Wahlvorstand vorzubereiten und durchzuführen; maßgebend für die Wahlberechtigung ist der Stichtag für die Aufnahme in das Wahlverzeichnis für die Wiederholungswahl. ²In dem festzusetzenden Terminplan kann der Wahlvorstand im Einvernehmen mit der Wahlleitung die in dieser Wahlordnung vorgesehenen Fristen abkürzen und andere Vereinfachungen des Wahlverfahrens beschließen, insbesondere die Durchführung der Wahl als reine Urnenwahl. ³Über den Termin entscheidet an Stelle des Senates der Wahlvorstand.
- (2) ¹Abweichend von § 7 Absatz 1 beginnt die Amtszeit mit dem Ablauf der Frist nach § 28 Absatz 1 Satz 1. ²Wird die Einleitung eines Wahlprüfungsverfahrens beantragt, beginnt die Amtszeit mit der Zurückweisung des Antrags nach § 28 Absatz 3 Satz 2.

§ 31 Ergänzungswahl

- (1) ¹Lässt sich ein vakant gewordener Sitz nicht durch Nachrückerinnen oder Nachrücker in dem Verfahren nach § 2 Absatz 2 bzw. 3 besetzen, soll auf Antrag des vorsitzenden Mitglieds des Gremiums nach Anhörung der Gruppenvertreter im Gremium eine Ergänzungswahl durchgeführt werden, sofern die Amtszeit des aus der Ergänzungswahl hervorgehenden Mitglieds mindestens 5 Monate beträgt. ²Entsprechend Satz 1 kann eine Ergänzungswahl für eine Vertreterin oder einen Vertreter eines Mitglied des Beirates für Gleichstellungsfragen in der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch durchgeführt werden, wenn ansonsten die Mitwirkung in Berufungsverfahren nicht gewährleistet ist. ³Bei einer Ergänzungswahl gemäß Satz 2 können auch mehrere Stellvertretungen zu einem gemeinsamen (Einzel-)Wahlvorschlag zusammengefasst werden. ⁴Ist durch eine Vakanz in der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer die im ThürHG geforderte Hochschullehrermehrheit nicht mehr gewährleistet, ist eine Ergänzungswahl zwingend.
- (2) ¹Eine Ergänzungswahl für die Vertretung eines Senatsmitglieds gemäß § 3 Absatz 2 Satz 1 kann durchgeführt werden, wenn ansonsten die professorale Mitwirkung einer Fakultät im Senat nicht gewährleistet werden kann. ²Absatz 1 gilt entsprechend.
- (3) Für die Durchführung von Ergänzungswahlen gilt § 30 Absatz 1.
- (4) Die Amtszeit von aus Ergänzungswahl hervorgegangenen Mitgliedern beginnt eine Woche nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

§ 32 Fristen

¹In dieser Wahlordnung bestimmte Fristen, für die nicht ausdrücklich eine Uhrzeit bestimmt ist, laufen jeweils um 12:00 Uhr ab. ²Sonnabende zählen nicht als Arbeitstage.



§ 32a

Status- und Funktionsbezeichnungen

Status- und Funktionsbezeichnungen nach dieser Ordnung gelten gleichermaßen in der weiblichen wie in der männlichen Form sowie für Menschen, die sich weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zuordnen.

§ 33

(Inkrafttreten)



Zweite Änderung der Rahmensatzung der Friedrich-Schiller-Universität Jena zur Regelung der Auswirkungen der Corona-Pandemie vom 5. Mai 2021

Gemäß § 3 Abs. 1 Thüringer Hochschulgesetz (ThürHG) vom 10. Mai 2018 (GVBl. 2018, S. 149), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23. März (GVBl. 2021, S. 115, 118), und § 1 Thüringer Gesetz zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie im Hochschulbereich (ThürCorHG) vom 23. März 2021 (GVBl. 2021, S. 115, 116), erlässt die Friedrich-Schiller-Universität Jena folgende Zweite Änderung der Rahmensatzung vom 25. Juni 2020 (Verkündungsblatt der Friedrich-Schiller-Universität Jena Nr. 4/2020 S. 101), geändert durch die Erste Änderung vom 4. Februar 2021 (Verkündungsblatt der Friedrich-Schiller-Universität Jena Nr. 2/2021 S. 57). Der Senat der Friedrich-Schiller-Universität Jena hat die Änderungssatzung am 4. Mai 2021 beschlossen. Der Präsident der Friedrich-Schiller-Universität Jena hat die Änderung am 5. Mai 2021 genehmigt.

Artikel 1 Änderung der Satzung

1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„Rahmensatzung der Friedrich-Schiller-Universität Jena zur Regelung der Auswirkungen der Corona-Pandemie und zur Durchführung von Prüfungen in elektronischer Form“

2. § 3 wird wie folgt gefasst:

„§ 3

Prüfungen in elektronischer Form oder in elektronischer Kommunikation; Datenschutz bei Prüfungen in elektronischer Form oder in elektronischer Kommunikation

- (1) Prüfungsleistungen können unter den nachfolgend genannten Bestimmungen auch unter Einsatz elektronischer Medien sowie elektronischer Informations- und Kommunikationstechnologien erbracht werden (Prüfungen in elektronischer Form). Zulässig sind insbesondere elektronische/digitale Klausuren und Distanzprüfungen (Prüfungen, die in den Räumlichkeiten anderer Einrichtungen - insbesondere an anderen Hochschulen - durchgeführt werden) sowie Prüfungen mittels Bild- und Tonverbindung (Videokonferenz/Videotelefonie), wenn und soweit insbesondere bei den digitalen Fernprüfungen für alle Studierenden vergleichbare Bedingungen hergestellt werden können. Wird eine Prüfung mittels Videokonferenz durchgeführt, ist ausschließlich die Verwendung eines der vom Rechenzentrum der Universität vorgehaltenen Videokonferenzsysteme zulässig. Die Universität trägt dafür Sorge, dass die eingesetzten elektronischen Medien sowie elektronischen Informations- und Kommunikationstechnologien den datenschutzrechtlichen Anforderungen der DSGVO entsprechen.



- (2) Für die Erbringung von Prüfungsleistungen gemäß Absatz 1 gelten die allgemeinen prüfungsrechtlichen Regelungen der betreffenden Prüfungsordnung zu mündlichen und schriftlichen Studien- und Prüfungsleistungen entsprechend. Der für die Prüfung zuständige Fachbereich ist für die Organisation der Prüfung verantwortlich und hat insbesondere die personellen und räumlichen Voraussetzungen zu schaffen sowie zu gewährleisten, dass die Grundsätze eines fairen Prüfungsverfahrens eingehalten werden. Hierzu sind in geeigneter und verhältnismäßiger Weise und unter Einsatz elektronischer Medien sowie elektronischer Informations- und Kommunikationstechnologien insbesondere die Kontrolle der Identität der Studierenden sowie der Ausschluss unerlaubter Hilfsmittel, die Gewährleistung der zeitlichen Parallelität zwischen Distanzprüfungen und Vor-Ort-Prüfungen und die für die jeweilige Prüfungsform notwendige und angemessene Prüfungsaufsicht zu gewährleisten. Die Einzelheiten dazu werden in einer Dienstanweisung zur Durchführung von Prüfungen in elektronischer Form geregelt.
- (3) Über die Durchführung von Studien- oder Prüfungsleistungen unter Einsatz elektronischer Medien sowie elektronischer Informations- und Kommunikationstechnologien einschließlich der Informationen zum Datenschutz sind die Studierenden mindestens 14 Tage vorher mindestens in Textform (beispielsweise per E-Mail oder über die Lernplattform Moodle) zu informieren.
- (4) Die Verantwortung für ein geeignetes Endgerät und eine geeignete Internetverbindung liegt bei den Studierenden. Sofern Studierende nicht über geeignete technische Ausstattung verfügen, um Prüfungsleistungen unter Einsatz elektronischer Medien sowie elektronischer Informations- und Kommunikationstechnologien zu erbringen, stellt die Universität im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten Arbeitsplätze und Leihgeräte zur Verfügung.
- (5) Vor der Durchführung von Prüfungsleistungen unter Einsatz elektronischer Medien sowie elektronischer Informations- und Kommunikationstechnologien haben die Studierenden zu erklären, dass sie die Prüfungsleistung selbständig erbringen und nur erlaubte Hilfsmittel zur Bearbeitung verwenden (Eigenständigkeitserklärung). Liegt die Eigenständigkeitserklärung nicht rechtzeitig vor Beginn der Prüfung vor, ist die Zulassung des Studierenden zur Prüfung zu versagen.
- (6) Ist der Prüfling bei einer mündlichen Prüfungsleistung gemäß Absatz 1 nicht mindestens einer Prüferin/einem Prüfer persönlich bekannt, so muss seine Identität in geeigneter Weise festgestellt werden. Zu diesem Zweck kann vom Prüfling verlangt werden, seine Thoska oder ein vergleichbares amtliches Personaldokument mit Hilfe der Kamera zu zeigen.
- (7) Die Aufzeichnung einer mit Videokonferenz durchgeführten mündlichen Prüfung ist unzulässig.
- (8) Beginnt die Videokonferenz zur Durchführung einer Prüfung in elektronischer Form nicht zum vereinbarten Zeitpunkt und lässt sich die Verbindung aus technischen Gründen auch nicht kurzfristig herstellen, ist die Videokonferenz zu beenden; ein neuer Termin soll zeitnah anberaumt werden. Treten nach Beginn der Prüfung technische Probleme wie beispielsweise ein kompletter oder teilweiser Zusammenbruch der Verbindung auf, die dazu führen, dass die als Videokonferenz durchgeführte Prüfung nicht nach dem Grundsatz der Chancengleichheit und dem Gebot der Fairness abgehalten werden kann, ist die Videokonferenz zu beenden; ein neuer Prüfungstermin soll zeitnah anberaumt werden. Die Entscheidung trifft die Prüferin/der Prüfer nach pflichtgemäßem Ermessen.



- (9) Für Prüfungen in elektronischer Form dürfen ausschließlich die vom Rechenzentrum der Universität vorgehaltenen elektronischen Medien und elektronischen Informations- und Kommunikationstechnologien verwendet werden. Um ein den Grundsätzen des Prüfungsrechts entsprechendes Prüfungsverfahren durchzuführen, das die Chancengleichheit der Prüflinge ausreichend berücksichtigt und Täuschungsmöglichkeiten weitestgehend ausschließt, ist eine digitale Aufsicht erforderlich. Diese umfasst folgende Befugnisse:
- a) die Kontrolle der Identität der Studierenden durch Video-Audio-Übertragung von Gesicht und Oberkörper der/des zu Prüfenden sowie der Thoska oder eines vergleichbaren amtlichen Personaldokuments an eine Aufsichtsperson zu dem Zweck der Durchführung einer Identifikationskontrolle durch Abgleich des Personaldokuments mit dem Gesicht der/des zu Prüfenden;
 - b) die Prüfungsaufsicht und den Ausschluss unerlaubter Hilfsmittel durch
 - aa) Video-Audio-Übertragung von Gesicht und Oberkörper der/des zu Prüfenden an eine Aufsichtsperson von Beginn bis Ende der Dauer der Prüfung, ausdrücklich ohne die Befugnis, diese Übertragung aufzuzeichnen, zu dem Zweck, dass Täuschungsmöglichkeiten durch Kommunikation mit einer anderen Person vor Ort, durch Hilfsmittel wie Übersichten, Notizen („Spickzettel“) und ähnliches, und durch weitere, nicht mit dem Prüfungsgerät verbundene elektronische Geräte (z. B. ein Smartphone oder ein mp3-Player) reduziert werden,
 - bb) sogenannte Roomscans bei begründeten und zu dokumentierenden Anhaltspunkten für Täuschungshandlungen, das heißt das langsame Schwenken des Bildschirms insbesondere über den gesamten Arbeitsplatz und bei begründetem Verdacht (etwa der Vermutung, der/die zu Prüfende kommuniziere während der Prüfung mit Dritten) zusätzlich durch den gesamten Aufenthaltsraum der/des zu Prüfenden unter den Anweisungen der Aufsichtsperson, welche sich nicht abgedeckte oder auffällige Stellen zeigen lassen darf („nachsteuern“), zu dem Zweck, dass Täuschungsmöglichkeiten durch einen präparierten Arbeitsplatz (zum Beispiel Verstecken einer Person unter dem Tisch oder das Verstecken einer Notiz unter der Tastatur) reduziert werden,
 - cc) Anzeigen-lassen der Bildschirminhalte bei begründeten und zu dokumentierenden Anhaltspunkten für Täuschungshandlungen, d. h. das Sichtbarmachen der auf dem Bildschirm der/des Studierenden aktuell angezeigten Inhalte wie Browsertabs, Webseiten und Dateien durch Verwendung der „Bildschirm-teilen“-Funktion der Videokonferenzsoftware unter den Anweisungen der Aufsichtsperson, zu dem Zweck, dass Täuschungsmöglichkeiten durch die Verwendung unerlaubter Quellen reduziert werden.
 - c) die Gewährleistung der zeitlichen Parallelität zwischen Distanzprüfungen und Vor-Ort-Prüfungen durch Video-Audio-Übertragung von Gesicht und Oberkörper der/des zu Prüfenden an eine Aufsichtsperson kurz vor und nach sowie während der Dauer der Prüfung, ausdrücklich ohne die Befugnis, diese Übertragung aufzuzeichnen, zu dem Zweck, die Bearbeitungsdauer zu überprüfen und ggf. eine über die geplante Dauer hinausgehende Bearbeitung zu unterbinden.



- (10) Die Aufgabenstellung, die Bearbeitungen der Prüfungskandidaten und die Bewertungen der Prüfer sind entsprechend den Regeln für schriftliche Prüfungsleistungen aufzubewahren. Alternativ ist die digitale Aufbewahrung möglich; diese erfolgt zentral im Universitätsarchiv in einem zur Langzeitarchivierung nach ISO-standardisierten Format und muss mit einer fortgeschrittenen elektronischen Signatur versehen sein."

3. § 5 wird wie folgt gefasst

„§ 5 Prüfungsfristen

Sofern in einer Studien- und Prüfungsordnung Fristen für die Ablegung von Modulprüfungen und Abschlussarbeiten festgelegt sind, verlängert sich die jeweilige Frist für Studierende die im Wintersemester 2020/21 oder im Sommersemester 2021 immatrikuliert und nicht beurlaubt sind in dem jeweiligen Studiengang gemäß § 6 ThürCorHG um jeweils ein Semester."

4. In § 8 wird Satz 2 aufgehoben.
5. In § 8a Satz 1 werden die Klammerangabe „(QRoniton)“ und in Satz 2 die Worte „von QRoniton“ gestrichen.
6. § 9 wird wie folgt gefasst:

„§ 9 Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsbestimmungen

- (1) Diese Satzung tritt nach ihrer Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Friedrich-Schiller-Universität Jena zum 1. April 2020 in Kraft.
- (2) Die §§ 1, 2, 4, 6 und 7 treten mit Ablauf des 30. Septembers 2021 außer Kraft. § 8a tritt mit Ablauf des 31. März 2022 außer Kraft.
- (3) Für Studierende, die im Sommersemester 2020 immatrikuliert und nicht beurlaubt waren, gilt § 5 Satz 1 in der bei Inkrafttreten dieser Satzung geltenden Fassung weiter."

Artikel 2 Inkrafttreten

Die Änderungen gemäß Artikel 1 der Satzung treten am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Friedrich-Schiller-Universität Jena in Kraft.

Jena, 5. Mai 2021

Prof. Dr. Walter Rosenthal
Präsident der Friedrich-Schiller-Universität Jena



Dritte Änderung der Studienordnung der Philosophischen Fakultät für den Studiengang Philosophie als Kern- und Ergänzungsfach mit dem Abschluss Bachelor of Arts vom 15. April 2021

Gemäß § 3 Abs. 1 in Verbindung mit § 38 Abs. 3 Thüringer Hochschulgesetz (ThürHG) vom 10. Mai 2018 (GVBl. S. 149), zuletzt geändert durch Artikel 128 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731), erlässt die Friedrich-Schiller-Universität Jena folgende Dritte Änderung der Studienordnung vom 5. Januar 2009 (Verkündungsblatt der Friedrich-Schiller-Universität Jena 10/2009, S. 982), zuletzt geändert durch die Zweite Änderung vom 21. Dezember 2017 (Verkündungsblatt der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1/2018, S. 10). Der Rat der Philosophischen Fakultät hat die Änderung am 10. November 2020 beschlossen; der Senat der Friedrich-Schiller-Universität Jena hat am 13. April 2021 der Änderung zugestimmt. Der Präsident der Friedrich-Schiller-Universität Jena hat die Ordnung am 15. April 2021 genehmigt.

Artikel 1 Änderung der Studienordnung

1. § 3 wird wie folgt gefasst:

„§ 3 Sprachanforderungen und –nachweise

(1) ¹Für das Studium der Philosophie als Kernfach sind rezeptive Kenntnisse zweier moderner Fremdsprachen erforderlich. ²In der Regel sollte eine der modernen Fremdsprachen Englisch sein. ³Des Weiteren sind Griechisch- oder Lateinkenntnisse erforderlich. ⁴Alle Fremdsprachenkenntnisse können auch studienbegleitend erworben werden. ⁵Erforderlich sind Sprachkenntnisse auf Fortgeschrittenenniveau, die durch eine der folgenden Möglichkeiten abgedeckt werden können:

Für Latein:

- a) ⁶Es wird durch einen mindestens dreijährigen, aufeinander folgenden und mit der Note „ausreichend“ abgeschlossenen Schulunterricht nachgewiesen.
- b) ⁷Es wird durch erfolgreich absolvierte Universitätskurse an der FSU im Umfang von 8 SWS, die in der Regel mit dem Kleinen Latinum oder dem Albertus-Magnus-Zertifikat abschließen, nachgewiesen.
- c) ⁸Es wird durch externe Angebote, deren Äquivalenz durch das Sprachzentrum Jena zu bestätigen ist, nachgewiesen.

Für Griechisch:

⁹Erforderlich für das Bestehen sind Sprachkenntnisse des Griechischen auf Fortgeschrittenenniveau im Umfang von 8 SWS (entsprechend dem Modul AW 510 am Institut für Altertumswissenschaften bzw. Sprachkurse im Umfang von 8 SWS an der Theologischen Fakultät, soweit Äquivalenz vom Institut für Altertumswissenschaften festgestellt wird).

¹⁰Im begründeten Einzelfall sind Griechisch- oder Lateinkenntnisse durch entsprechende Kenntnisse einer anderen Alten Sprache (z.B. Klassisch-Arabisch, Altchinesisch) ersetzbar. ¹¹Der Nachweis der Alten Sprache ist Voraussetzung für die Zulassung zur Bachelorarbeit.



(2) ¹Für das Studium der Philosophie als Ergänzungsfach sind gute rezeptive Kenntnisse zweier moderner Fremdsprachen erforderlich. ²In der Regel sollte eine der modernen Fremdsprachen Englisch sein, da das Lehrangebot teilweise auf englischen Texten basiert. ³Wahlweise werden im Ergänzungsfach statt der Kenntnisse in einer der beiden modernen Fremdsprachen auch Griechisch- oder Lateinkenntnisse in dem in Absatz 1 genannten Umfang oder ein vergleichbares Sprachzertifikat anerkannt.“

2. § 6 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 4 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„²Es wird empfohlen, die „Einführung in die Philosophie“ im ersten Semester zu belegen.“

b) In Absatz 5 Satz 1 wird hinter dem Wort „Philosophie“ ein Komma gesetzt und das Satzteil „dessen Belegung im ersten Semester empfohlen wird,“ eingefügt.

Artikel 2 **Inkrafttreten, Übergangsbestimmungen**

(1) Die Änderung der Studienordnung gemäß Artikel 1 dieser Änderungsordnung tritt nach ihrer Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Friedrich-Schiller-Universität Jena zum 1. Oktober 2021 in Kraft.

(2) ¹Die Änderung gilt für alle Studierenden, die ihr Studium im Studiengang Philosophie als Kern- und Ergänzungsfach mit dem Abschluss Bachelor of Arts ab dem Wintersemester 2021/22 aufnehmen. ²Sie gilt auch für Studierende, die ihr Studium im Studiengang Philosophie als Kern- und Ergänzungsfach mit dem Abschluss Bachelor of Arts vor Inkrafttreten dieser Änderungsordnung aufgenommen haben, mit der Maßgabe, dass im Kernfach § 3 Abs. 1 Satz 1 und 2 keine Anwendung findet.

Jena, 15. April 2021

Prof. Dr. Walter Rosenthal
Präsident der Friedrich-Schiller-Universität



Dritte Änderung der Studienordnung der Philosophischen Fakultät für den Studiengang Philosophie mit dem Abschluss Master of Arts vom 15. April 2021

Gemäß § 3 Abs. 1 in Verbindung mit § 38 Abs. 3 Thüringer Hochschulgesetz (ThürHG) vom 10. Mai 2018 (GVBl. S. 149), zuletzt geändert durch Artikel 128 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731), erlässt die Friedrich-Schiller-Universität Jena folgende Dritte Änderung der Studienordnung vom 5. Januar 2009 (Verkündungsblatt der Friedrich-Schiller-Universität Jena 10/2009, S. 1116), zuletzt geändert durch die Zweite Änderung vom 21. Dezember 2017 (Verkündungsblatt der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1/2018, S. 11). Der Rat der Philosophischen Fakultät hat die Änderung am 10. November 2020 beschlossen; der Senat der Friedrich-Schiller-Universität Jena hat am 13. April 2021 der Änderung zugestimmt. Der Präsident der Friedrich-Schiller-Universität Jena hat die Ordnung am 15. April 2021 genehmigt.

Artikel 1 Änderung der Studienordnung

§ 2 Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) ¹Für das Masterstudium der Philosophie sind Griechisch- oder Lateinkenntnisse erforderlich. ²Griechisch- oder Lateinkenntnisse können auch studienbegleitend erworben werden. ³Latein oder eine andere Alte Sprache wird dann nicht verlangt, wenn jemand schon *drei moderne* Fremdsprachen sowie Deutsch bei Aufnahme des Masterstudiums beherrscht. ⁴Erforderlich sind Griechisch- oder Lateinkenntnisse auf Fortgeschrittenenniveau, die durch eine der folgenden Möglichkeiten abgedeckt werden können:

Für Latein:

- a) ⁵Es wird durch einen mindestens dreijährigen, aufeinander folgenden und mit der Note „ausreichend“ abgeschlossenen Schulunterricht nachgewiesen.
- b) ⁶Es wird durch erfolgreich absolvierte Universitätskurse an der FSU im Umfang von 8 SWS, die in der Regel mit dem Kleinen Latinum oder dem Albertus-Magnus-Zertifikat abschließen, nachgewiesen.
- c) ⁷Es wird durch externe Angebote, deren Äquivalenz durch das Sprachenzentrum Jena zu bestätigen ist, nachgewiesen.

Für Griechisch:

⁸Erforderlich für das Bestehen sind Sprachkenntnisse des Griechischen auf Fortgeschrittenenniveau im Umfang von 8 SWS (entsprechend dem Modul AW 510 am Institut für Altertumswissenschaften bzw. Sprachkurse im Umfang von 8 SWS an der Theologischen Fakultät, soweit Äquivalenz vom Institut für Altertumswissenschaften festgestellt wird).

⁹Im begründeten Einzelfall sind Griechisch- oder Lateinkenntnisse durch entsprechende Kenntnisse einer anderen Alten Sprache (z.B. Klassisch-Arabisch, Altchinesisch) ersetzbar. ¹⁰Der Nachweis nachgeholter Sprachkenntnisse ist spätestens bei der Anmeldung zur Masterarbeit vorzulegen.“



Artikel 2 Inkrafttreten

Die Änderung der Studienordnung gemäß Artikel 1 dieser Änderungsordnung tritt nach ihrer Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Friedrich-Schiller-Universität Jena zum 1. Oktober 2021 in Kraft.

Jena, 15. April 2021

Prof. Dr. Walter Rosenthal
Präsident der Friedrich-Schiller-Universität